

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Der Überfall auf die Ukraine
und die Auswirkungen auf Niedersachsen**

Regierungserklärung des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
vor dem Niedersächsischen Landtag
am 22. März 2022
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anreden,

in der letzten Sitzungsperiode des Landtages hatte ich die Hoffnung ausgedrückt, es bedürfe demnächst keiner weiteren Regierungserklärungen. Nun, über Corona will ich diesmal nicht sprechen, obwohl es – wie wir wissen – manches zu besprechen gäbe. Eine andere Entwicklung überlagert in ihrer Dramatik und wohl auch in ihren Folgewirkungen die Pandemie derzeit noch einmal deutlich.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein Einschnitt, eine Zäsur für uns alle. Ich fürchte, wir werden künftig von einem Davor und einem Danach sprechen. Uns wird die Zeit vor dem Überfall in mancherlei Hinsicht als eine vergleichsweise glückliche erscheinen und die Zeit seitdem als eine mit tiefen Problemen verbundene Periode. Das gilt natürlich in erster Linie für die Ukraine. Tag für Tag sterben dort Menschen, werden Menschen verletzt, werden Wohngebäude zerstört und ganze Städte in Schutt und Asche gelegt. Wer in diesen Städten lebt, erlebt die Hölle auf Erden – das jedenfalls ist der Eindruck, wenn wir die vielen Berichte, etwa aus Mariupol, hören und sehen. Inzwischen sind es Millionen von Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen und die auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft erst einmal nur eines suchen – Sicherheit.

Bei alledem, was diese Krise auch für uns an Problemen und Herausforderungen mit sich bringt, ist doch eines klar: Es ist nichts im Vergleich zu dem, was die Menschen

in der Ukraine aushalten müssen. Deswegen gelten unsere Gedanken heute zu allererst dem ukrainischen Volk, das allen Leiden zum Trotz seine Heimat mit beispielhafter Tapferkeit verteidigt. Wir alle empfinden tiefes Mitgefühl und große Bewunderung für die Menschen in der Ukraine!

Natürlich geht es jetzt zuerst darum, diese Aggression, diese Gewalt zu stoppen und das Töten zu beenden. Die Menschen in Russland zahlen einen hohen Preis für die Verbrechen ihrer Regierung. Die harten und konsequenten Maßnahmen vieler Staaten, darunter auch der Bundesrepublik, haben zu einer tiefen Wirtschaftskrise in Russland geführt. Das hat inzwischen im Alltag aller Menschen in Russland sehr konkrete Auswirkungen.

Diese Antwort der Völkergemeinschaft war vor dem Hintergrund der unverhohlenen Missachtung des Völkerrechts, des brutalen Angriffskrieges auf einen souveränen Staat und des verheerenden Terrors gegen die Zivilbevölkerung dringend geboten. Das gilt auch für die Lieferung von Waffen, zu der sich die Bundesregierung entgegen einer langjährigen Staatspraxis entschlossen hat. Nichts ist nach dem Überfall so wie vorher und ich finde es gut, dass wir in Deutschland und auch bei uns in Niedersachsen in dieser Hinsicht derzeit so gut wie keinen Streit haben.

Deswegen ist auch eine Neubestimmung unserer Sicherheitspolitik ohne Zweifel notwendig. In den vergangenen 50 Jahren schien uns ein stabiles Netz von gegenseitigen Vereinbarungen entstanden zu sein, das allen Beteiligten Sicherheit gegeben hat. Das damit verbundene Vertrauen ist mit dem Überfall Putins auf die Ukraine komplett entfallen.

Wir sehen alle miteinander sehr klar, dass die NATO für Deutschland eine zwingende Notwendigkeit ist. Wir sehen überdeutlich, dass der Auftrag zur Landesverteidigung nicht erledigt ist, sondern hoch aktuell.

Die Bundeswehr ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht gut behandelt worden, um es einmal gelinde auszudrücken. Niedersachsen ist ein großer und wichtiger Bundeswehrstandort. Viele von Ihnen sind ebenso wie ich immer wieder zu Besuch bei unterschiedlichen Teilen der Bundeswehr in Niedersachsen gewesen.

Sie werden mir zustimmen: Unter welchen Bedingungen Soldatinnen und Soldaten in den letzten Jahren ihren Dienst verrichtet haben, war gelegentlich peinlich. Mir hat oft genug in Anbetracht dieser Umstände die Loyalität der Bundeswehrangehörigen imponiert.

Da geht es um Ausrüstung und Einsatzbereitschaft und da geht es auch um Wertschätzung. Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind sehr anerkannte Teile unserer Gesellschaft. Sie haben sich für einen ganz besonderen Auftrag entschieden, der im Extremfall auch das Risiko für das eigene Leben beinhaltet. Es ist mehr als recht und billig, dass unser Staat diesen Menschen eine hohe Wertschätzung entgegenbringt und für eine gute Ausstattung sorgt.

Deswegen ist das von der Bundesregierung angekündigte Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro ausdrücklich zu begrüßen. Da geht es nicht um Wettrüsten, da geht es um die Herstellung von Einsatzfähigkeit, um Schutz und um anständige Arbeitsbedingungen, auf die jedermann bei uns einen Anspruch hat.

Wenn die mit dieser großen Summe verbundenen Ertüchtigungen umgesetzt werden, werden wir auch in Niedersachsen große Auswirkungen sehen, davon bin ich überzeugt. Der Bundeswehrstandort Niedersachsen wird gestärkt und das ist auch gut für das Land insgesamt.

Anrede,

das ist aber nur ein sehr kleiner Ausschnitt dessen, was sich derzeit an Auswirkungen für unser Land abzeichnet. Auch wenn die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine insgesamt derzeit noch gar nicht abschätzbar sind, liegt doch eines bereits klar auf der Hand: Wir werden einen nationalen Kraftakt benötigen. Wir werden in sehr unterschiedlichen Bereichen enorme Anstrengungen unternehmen müssen, um diese Krise auch in unserem Land gut zu bewältigen.

Wir sehen das sehr deutlich innerhalb der Landesregierung. Die Ukraine-Krise und ihre Auswirkungen sind ein Querschnittsthema, das nahezu alle Ministerien erfasst.

Derzeit hauptsächlich betroffen ist das Innenministerium. Dort hat Innenminister Pistorius einen Krisenstab etabliert, der auch die anderen Ministerien einbezieht. In dem Krisenstab und in einer ohnehin etablierten Runde des Chefs der Staatskanzlei mit den Kommunalen Spitzenverbänden werden derzeit vornehmlich die Fragen rings um die Aufnahme von Zufluchtsuchenden aus der Ukraine intensiv bearbeitet.

Das Wirtschaftsministerium engagiert sich stark, um die Auswirkungen der Krise auf die niedersächsische Wirtschaft abzumildern. Hierzu wird Wirtschaftsminister Bernd Althusmann morgen den Landtag gesondert unterrichten.

Das Umweltministerium befasst sich intensiv mit der Sicherheit der Energieversorgung. Umweltminister Olaf Lies treibt vor allem den Aufbau der Versorgung mit Flüssiggas voran.

Diese Krise unterscheidet sich von der Zuwanderung der Jahre 2015 und 2016 dadurch, dass viele Kinder mit ihren Müttern nach Niedersachsen kommen. Dementsprechend stellen sich enorme Aufgaben der Integration in Schule und Kindertagesstätten, mit denen sich Minister Grant Hendrik Tonne und das Kultusministerium auseinandersetzen.

Ebenso wie vor einigen Jahren wird auch diesmal die Aufnahme von zufluchtsuchenden Menschen mit erheblichen finanziellen Konsequenzen verbunden sein. Das Finanzministerium mit Reinhold Hilbers wird auch unter schwierigen Bedingungen die finanzielle Handlungsfähigkeit von Land und Kommunen sicherzustellen haben.

Dies sind nur einige Beispiele für das, was sich dem Land derzeit als Aufgaben stellt.

Anrede,

aktuell geht es insbesondere um die Aufnahme von Menschen, die eine sichere Zuflucht suchen. Ich habe inzwischen mit etlichen Menschen aus der Ukraine sprechen können. Ich bin beeindruckt davon, mit welcher Haltung sie diese tragische Veränderung ihres Lebens in kürzester Zeit hinnehmen und ich habe ihnen

versichert: Wir wollen gute Gastgeber sein, Sie sind uns in Niedersachsen willkommen!

Es ist mit den Händen zu greifen, dass in unserer Gesellschaft eine überwältigende Hilfe- und Aufnahmebereitschaft besteht. Dafür gibt es viele, viele Beispiele. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang insbesondere die humanitäre Hilfe vieler Einzelpersonen, Unternehmen und Institutionen. Auch das Land engagiert sich dafür, den Menschen in der Ukraine Hilfe zukommen zu lassen. Ich verzichte an dieser Stelle auf Beispiele; sie könnten immer nur unvollständig sein. Aber ich bin sehr froh darüber, dass in unserem Land das Mitgefühl für Menschen in Not ebenso groß ist wie unsere Hilfsbereitschaft. Lassen Sie uns diese Tugenden pflegen!

Ein Ausdruck dieser Haltung ist das Bündnis „Niedersachsen packt an“. Wie schon 2015/2016 wollen die Partner dieses Bündnisses über alle Teile der Gesellschaft und des Staates hinweg genau diese Haltung vermitteln – wir helfen Menschen in Not so gut wir können und wir lassen uns nicht spalten!

„Niedersachsen packt an“ gehören nahezu alle relevanten gesellschaftlichen Institutionen an, ebenso wie viele tausende Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Sozialpartner, die Kirchen, die Kommunen und das Land gehen in dieser Hinsicht voran und wir werden das weiter tun, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Anrede,

bis jetzt sind mehr als 11.500 Zufluchtsuchende aus der Ukraine von der Landesaufnahmebehörde registriert worden, tatsächlich dürften allerdings sehr viel mehr Menschen in Niedersachsen angekommen sein. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu der Situation, die wir vor einigen Jahren hatten: Bürgerinnen und Bürger aus der Ukraine haben innerhalb der Europäischen Union für drei Monate Gaststatus, sie können ohne weiteres einreisen und sie können innerhalb der Europäischen Union ihren Aufenthalt selbst bestimmen. Eine Pflicht, sich registrieren zu lassen, besteht nicht.

Das ist der eine Unterschied und der andere: Viele derjenigen, die zu uns kommen, haben private Anlaufstellen – seien es Verwandte, Bekannte oder auch Bürgerinnen und Bürger aus unserem Land, die sie aufnehmen. Das ist gut für die Betroffenen, steht einer genauen Lageeinschätzung aber nun einmal entgegen.

Das ist ein Problem, es sollte allerdings nicht übertrieben werden. Über kurz oder lang ist davon auszugehen, dass in allen Fällen doch auf die eine oder andere Weise eine öffentliche Unterstützung notwendig werden wird und in diesem Zusammenhang wird dann auch eine Registrierung stattfinden.

Mit all diesen Vorbehalten gehen wir davon aus, dass sich derzeit bereits etliche tausend Menschen aus der Ukraine in Niedersachsen aufhalten. Wir gehen aber auch davon aus, dass es sich erst um den Anfang einer noch viel größeren Zahl von Flüchtenden handelt.

Die Kommunen stehen damit vor und bereits in einer großen Herausforderung. Sie müssen eine enorme Zahl von Unterkünften bereitstellen, ohne genau zu wissen, in welcher Größenordnung und für welchen Zeitraum. Ich bin den niedersächsischen Städten, Gemeinden und Landkreisen sehr dankbar dafür, dass sie sich dieser Aufgabe trotz aller Schwierigkeiten stellen. Leicht ist das nicht, gerade auch wegen der vielerorts angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Wir wissen auch, dass damit große finanzielle Lasten für die Kommunen verbunden sind. Eine gewisse Sicherheit besteht darin, dass in jedem Fall die Zahlung einer Aufnahmegebühr durch das Land in Höhe von mindestens 10.000 Euro jährlich gewährt wird, die Kommunen also eine Planungsgrundlage haben.

Aber es ist auch allen klar, dass die mit der Flucht so vieler Menschen verbundenen Aufgaben vielfältig und aufwendig sind. Die niedersächsischen Kommunen können sich – das will ich hier sehr deutlich sagen – auch dieses Mal wieder darauf verlassen, dass das Land an ihrer Seite steht und sie nicht hängen lässt. Finanzminister Reinhold Hilbers und Innenminister Boris Pistorius werden die Kommunalen Spitzenverbände einladen, über alle damit verbundenen Fragen zu

reden, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Wir wissen, Land und Kommunen sind in solchen Situationen eine Verantwortungsgemeinschaft.

Jenseits dieser Fragen sind auch andere große Aufgaben zu lösen. Es gibt einen wesentlichen Unterschied zu der Situation 2015/2016. Damals kamen in erster Linie alleinstehende junge Männer, heute kommen in erster Linie Frauen mit ihren Kindern.

Für die Schulen und Kindertagesstätten in Niedersachsen sind mit der Integration dieser Kinder und Jugendlichen in unser Bildungswesen große Anstrengungen verbunden. Schon jetzt sind ca. 1600 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine an unseren Schulen zusätzlich aufgenommen worden.

Ich weiß genau, dass sich viele dieser Einrichtungen nach zwei Jahren Corona jetzt dringend eine ruhigere Phase gewünscht hätten. Ich weiß aber auch, dass gerade in unserem Bildungswesen die Hilfsbereitschaft ausgesprochen groß ist. Ich bedanke mich schon jetzt sehr sehr herzlich für dieses Engagement, das allen Beteiligten in den nächsten Wochen und Monaten viel abverlangen wird!

Als Land wollen wir dabei helfen, so gut wir können. Zusätzliche Einstellungen von Pensionären, Studierenden und vor allem auch von Pädagoginnen und Pädagogen, die aus der Ukraine zu uns gekommen sind, stehen dabei ganz oben auf der Agenda.

Damit sind die zu lösenden Aufgaben ganz gewiss noch nicht abschließend beschrieben. Deswegen gibt es auch Klärungsbedarf zwischen Bund und Ländern. Auch das wissen wir noch aus der Situation vor einigen Jahren – Verhandlungen über eine faire Verteilung der Schutzsuchenden und über die Finanzierung der anfallenden Kosten können unendlich lang und quälend sein.

Die Bundesregierung und die 16 Regierungschefinnen und -chefs der Länder haben sich deswegen vorgenommen, es diesmal besser zu machen. Wir wollen versuchen, von Anfang an zu einer fairen und belastbaren Gesamtlösung zu kommen. Dazu ist eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die entsprechende Vorschläge

ausarbeiten soll. Wir hoffen, dass wir auf dieser Grundlage dann in unserer nächsten Zusammenkunft am 7. April 2022 auch Entscheidungen treffen können. Uns allen ist doch bewusst, dass wir uns in der nächsten Zeit gemeinsam enorm anstrengen und alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssen. Wir erwarten jedenfalls sehr klar, dass der Bund sich seiner Verantwortung stellt und den Ländern ebenso zur Seite steht, wie die Länder den Kommunen!

Anrede,

es ist heute nur das erste, aber ganz gewiss nicht das letzte Mal, dass wir alle diese Fragen miteinander diskutieren. Natürlich gehen die Folgen des russischen Überfalls auch weit über die Ukraine hinaus. Lieferketten sind gestört und Betriebe müssen ihre Produktionen einschränken oder gar stilllegen. Unter einer nie gekannten Teuerungswelle für Energie ächzen Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen.

Menschen mit einem kleinen Geldbeutel treffen die Preiserhöhungen besonders stark, hier muss rasch Abhilfe geleistet werden. Ich hoffe sehr, dass die Bundesregierung in dieser Hinsicht schnell Klarheit schafft. Niedersachsen hat jedenfalls seine Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wer besonders betroffen ist, muss schnell eine Entlastung spüren, das muss die Richtschnur sein!

Aus dem Bereich der energieintensiven Industrie kommen deutliche Hinweise, dass man sich ernsthafte Sorgen machen muss, wenn die Preise auf diesem Niveau bleiben. Ganz generell gibt es eine spürbare wirtschaftliche Unsicherheit und wir müssen davon ausgehen, dass die Prognosen für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr deutlich nach unten zu korrigieren sind.

Zu diesem Problemkreis gehört auch ein Thema, das sich uns in dieser Form noch nie gestellt hat. So lange ich denken kann, stand die zuverlässige Versorgung unseres Landes mit Energie nie in Zweifel. Dazu zählt vor allem auch die Versorgung mit Gas als Grundlage für die meisten Heizungen, aber auch als Grundlage für den Betrieb vieler Unternehmen. Erdgas hat einen Anteil von über 25 Prozent am Primärenergieverbrauch in Deutschland und die Hälfte davon stammt aus Russland.

Diese jahrzehntelange Gewissheit ist durch Putins Überfall auf die Ukraine weg – so klar muss man das sagen. Unter den jetzigen Bedingungen handelt es sich vielmehr um ein „Klumpenrisiko“, wie Banker vielleicht sagen würden. Deswegen müssen wir unbedingt erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die Gasversorgung in Deutschland auf eine deutlich breitere Basis zu stellen.

Niedersachsen hat dabei eine herausragende Bedeutung und wir sind uns dessen bewusst. Wenn wir schnell eine Alternative zu Erdgas aufbauen wollen, müssen wir schnell eine Infrastruktur für den Import von Flüssiggas zur Verfügung haben. Das Tempo wird dabei eine große Rolle spielen und wir machen Tempo in Niedersachsen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei Wilhelmshaven, das sich sehr schnell zu der mit Abstand wichtigsten Drehscheibe für Gasimporte entwickeln kann. Verschiedene Projekte stehen in den Startlöchern, um zunächst über schwimmende Einheiten Flüssiggas aufzunehmen und in das Gasnetz einzuspeisen. Eine Pipeline, die dafür als Anbindung notwendig ist, soll nach Möglichkeit noch in diesem Jahr fertiggestellt werden. Im nächsten Jahr könnten dann zwei Projekte mit jeweils ca. 10 Milliarden Kubikmeter Kapazität an den Start gehen.

Parallel dazu wird an dauerhaften Strukturen gearbeitet, die ab 2025 zur Verfügung stehen können. Hervorzuheben ist auch das Projekt in Stade, das ebenfalls mit ca. 10 Milliarden Kubikmeter Kapazität ab dem Jahr 2025 betriebsbereit sein kann.

Alle diese Vorhaben dürften damit deutlich schneller als andere Projekte in der Lage sein, im nennenswerten Umfang Flüssiggas aufzunehmen. Meine Empfehlung an die Bundesregierung ist deswegen, sich sehr stark auf die Projekte in Niedersachsen zu konzentrieren, damit die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland sichergestellt werden kann. Eines ist jedenfalls klar: Die Landesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, damit wir schnell Alternativen haben!

Anrede,

natürlich sollen alle diese Vorhaben auch so geplant sein, dass sie ohne großen Aufwand auf die Versorgung mit Wasserstoff umgestellt werden können. Eines lehrt uns diese Krise doch sehr klar: Wir müssen versuchen, die Umstellung auf erneuerbare Energien so schnell wie möglich voranzutreiben. Das gilt für die Kapazitäten im eigenen Land, das gilt aber auch für Energieimporte. Wir müssen versuchen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen – die Energieversorgung sichern und den Klimaschutz vorantreiben. Niedersachsen kann und wird dabei eine besonders wichtige Rolle einnehmen, das ist unser erklärtes Ziel und dafür arbeiten wir hart.

Anrede,

der russische Überfall auf die Ukraine ist ein tiefer Einschnitt für uns alle. Es geht um harte, elementare Gegensätze: Diplomatie, Vereinbarungen und Abmachungen oder die Macht aus den Gewehrläufen? Souveränität von Staaten oder völkischer Imperialismus? Menschlichkeit und Solidarität oder Politik, die über Leichen geht?

Für uns alle ist sehr klar, wo wir stehen: Wir stehen an der Seite der Opfer eines brutalen Überfalls, der Tag für Tag Menschenleben kostet, der Leid und Elend über die Menschen bringt und ihnen die Heimat nimmt. In Niedersachsen werden wir helfen, so gut wir helfen können.

Das ist die Meinung der überwältigenden Mehrheit in unserer Bevölkerung, das ist die Haltung der Landesregierung und sicher auch die des ganzen Landtages. Wir wissen, wo wir stehen, und wir werden tun, was zu tun ist!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!